

BERICHTE

Das Gedächtnis des Landes –

Engagement von BürgerInnen für eine Kultur des Erinnerns

Tagungsbericht über die Veranstaltung der Evangelischen Akademie Nordelbien vom 29.9.–1.10.2000 in Bad Segeberg

Schon etwas länger zurück liegt eine Tagung zu einem Thema, an dem der AKENS ein ureigenes Interesse hat: Ende September letzten Jahres lud u. a. die Evangelische Akademie Nordelbien in Bad Segeberg dazu ein, die zukünftige Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit in Schleswig-Holstein zu diskutieren. Die Veranstaltung, die sich an alle Interessierte, insbesondere aber an in Gedenkarbeit Engagierte richtete, hatte – laut Einladung – das Ziel, „über die Gedenkstättenlandschaft zu informieren, Konfliktlinien im Streit offenzulegen, Erfahrungen andernorts aufzunehmen und die Chancen zukünftigen Erinnerns auszuloten“. Die Bedeutung der Zeitzeugenschaft „authentischer Orte“ nimmt mit wachsender zeitlicher Distanz zum „Dritten Reich“ zu, und da es in Schleswig-Holstein bislang keine landesweite Koordination und sehr unterschiedlich gesicherte Finanzierungskonzepte der zahlreichen NS-Gedenkstätten gibt, die allesamt verschiedenen Nachkriegsepochen, Gründungsanlässen und Trägerschaften entstammen, besteht hier ein Handlungsbedarf, den die Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes kanalisieren und bündeln soll.

Auf einer vorab durchgeführten Fachtagung, zu der das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, das Landesarchiv und die Gruppe 33 am 3. Juli 2000 in das Lan-

desarchiv nach Schleswig eingeladen hatte, wurde von den 20 TeilnehmerInnen eine ‚Landesarbeitsgemeinschaft für Gedenkstättenarbeit‘ (LAG) gebildet und die Gründung einer Stiftung durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur angekündigt, die die Finanzierung der Gedenkstättenarbeit absichern soll. Da das hierbei diskutierte Grundlagenpapier der LAG, das im Wesentlichen Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele sowie Strukturen und Prioritäten der Förderung umreißt, nur rudimentäre erste Ansätze festhielt, war die Tagung in Bad Segeberg dazu vorgesehen, sich nun tiefer gehend mit Aufgaben und Zielen einer landesweit vernetzten Gedenkstättenarbeit zu befassen.

Nach der Begrüßung durch Pastor Detlev Gause (Ev. Akademie) und der Einführung in das Thema durch Heino Schomaker (Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein) referierte der Leiter der ‚Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten‘ Günter Morsch am Freitagabend vor rund 40 Zuhörern über *Die Bedeutung der kleineren Gedenkstätten für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland* und erläuterte in einer anschließenden Debatte seine Erfahrungen mit der eigenen Stiftung. Morsch, der durch seinen kritischen Beitrag in der Auseinandersetzung um das Berliner Holocaust-Museum hervortrat, skizzierte in einem Überblick die Entwicklung der Gedenkstätten in

Deutschland nach 1945, der aufgrund seiner grundlegenden Bedeutung im Folgenden kurz wiedergegeben werden soll.

In den ersten Nachkriegsjahren und der frühen Bundesrepublik wurden die Opferverbände mit ihrem Interesse, an den Orten ihrer einstigen Leiden zu gedenken, eher allein gelassen oder sogar massiv behindert. Nur da, wo sie die bundesdeutsche Beschweigekultur nicht störten, entstanden Gedenkstätten – allerdings nicht als lebendige Lernorte. Hingegen entstanden in der DDR in den 50er Jahren große ‚Nationale Mahn- und Gedenkstätten‘, jedoch ganz nach den instrumentalisierenden Richtlinien der SED. Letztlich wurde in beiden deutschen Staaten eine tief gehende Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen vermieden. Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wandelte sich in der alten Bundesrepublik durch den Generationenkonflikt das Geschichtsbewusstsein. Die Gedenkstätten profitierten aber erst rund zehn Jahre später von diesem neuen Bewusstsein gegenüber den deutschen Verbrechen. Nun aber setzte hier, so Morsch, ein ‚Gedenkstättenboom‘ ein, der teilweise bis heute anhält.

Während zur gleichen Zeit in der DDR das verordnete antifaschistische Gedenken zunehmend verkrustete, bescherte der neu entstandene „Hunger nach Geschichte“ den Museen in der Bundesrepublik einen ungeahnten Aufschwung. Einen anderen Verlauf nahm dagegen die Entwicklung der Gedenkstätten, die weiterhin mit unverhältnismäßig geringen Etats arbeiten mussten. Dies lag nach Morschs Einschätzung jedoch nur zum Teil an dem Hang staatlicher Mittelgeber, unbequeme Erinnerungen quasi per Rotstift zu be-

schneiden. Ebenso ursächlich dafür sei auch das Schattendasein der bürger-schaftlichen Organisationsform vieler Gedenkstätten, die sich durch ihr Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen in ein selbst gewähltes Ghetto der ‚Gutmenschen‘ manövriert hätten.

Eine völlig neue Phase in der Entwicklung der Erinnerungskultur brach sich nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten Bahn: Mit der Entdeckung der „Zweiten Geschichte“ der ehemaligen KZs in Ostdeutschland als sowjetische Speziallager wurden Forderungen nach Neukonzeption der ostdeutschen Gedenkstätten laut, da diese durch den kommunistischen Staat diskreditiert waren und folglich auch in der friedlichen Revolution nicht hervortraten. Heftige (ost-west-deutsche) Kontroversen über Geschichtsdeutung und -bedeutung waren die Folgen. Auch auf westdeutscher Seite entstanden Befürchtungen: Die Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit durch die mittlerweile erfolgten Gründungen der unabhängigen Stiftungen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen sowie durch die Berufung von Historikern und Politologen in Leitungsfunktionen könnte sich negativ auf das bürgerschaftliche Engagement in westdeutschen Einrichtungen auswirken. In dieser äußerst kontroversen Situation übernahm dann 1993 die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung bestimmter KZ-Gedenkstätten in den neuen Bundesländern und erstellte – zusammen mit der Enquete-Kommission des Bundestagsinnenausschusses und Opferorganisationen – einen Leitlinienkatalog über die zukünftige Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

Die ‚Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen und Flossenbürg‘ definiert KZ-Gedenkstätten mittlerweile als ‚Friedhöfe‘, sie ‚haben humanitäre Aufgaben, sind Sachzeugnisse und Denkmale aus der Zeit, historische Museen, Forschungsstätten sowie Orte historischer Aufklärung und gesellschaftlicher Selbstreflexion‘. Die Forderungen dieser AG nach grundsätzlicher Förderung und Ausbau der dezentralen ost- wie westdeutschen Gedenkstättenlandschaft durch den Bund fand inzwischen Eingang in den Schlussbericht der oben erwähnten Enquete-Kommission.

Nachdem Morsch kritisch auf erhobene Einwände von Gedenkstättenleitern einging, machte er auf eine andere Gefahr aufmerksam: Eine an die Schauplätze der Ereignisse gebundene Darstellung verliere Stätten außerhalb der deutschen Grenzen (Auschwitz, Majdanek, ...) aus dem Blick. Durch ein hier Abhilfe schaffendes Holocaust-Museum in Berlin würden jedoch alle anderen Gedenkstätten unvermeidbar marginalisiert. Um aber zu vermeiden, dass die Geschichte des Nationalsozialismus aus den Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Geschichte herausgelöst würde, plädierte Morsch dafür, die NS-Geschichte in allen regionalen und örtlichen Museen der unterschiedlichen Sparten – vom klassischen historischen, volkskundlichen Heimatmuseum über die Industriemuseen bis zu den kunst- und kulturhistorischen Museen – integriert zu behandeln. Notwendig sei, so Morsch weiter, die Behandlung des „Dritten Reiches“ in zentralen, regiona-

len und lokalen Museen einerseits sowie in dezentralen Gedenkstätten andererseits.

Abschließende Überlegungen seines Referats zielten auf die zukünftige Arbeit der Gedenkstätten, zu einer Zeit, in der Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stünden, bürgerschaftliches Engagement abnahme und neue Organisationsformen für eine wirksame Weiterarbeit der Gedenkstätten erforderlich seien. In einer anschließenden Frageunde drängte Morsch nochmals auf eine landesweite Vernetzung der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten, um Mittel und Unterstützung vom Land einfordern zu können.

Nach diesem profunden Überblick am Freitagabend lag es nahe, sich am folgenden Samstagvormittag die konkrete Situation der Gedenkstätten (GS) in Schleswig-Holstein näher anzuschauen. In leichter Abänderung der vorgesehenen Tagesordnung – der Referent der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing war nicht erschienen – stellten sich nacheinander die ‚KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund‘, die ‚Gedenkstätte Ahrensböök‘, die Initiative ‚U-Bootbunker Kilian‘ und die ‚Gedenkstätte Kaltenkirchen‘ vor.

Die Leiterin der GS Ladelund Karin Penno berichtete, dass ihre Einrichtung bereits 1950 von dem örtlichen Pastor Johannes Meyer begründet wurde und sich bis heute – als vermutlich älteste KZ-Gedenkstätte in Deutschland – in kirchlicher Trägerschaft befindet. In das KZ bei Ladelund waren 1944 nach einer Vergeltungsaktion der Wehrmacht in dem niederländischen Dorf Putten die männlichen Einwohner des Ortes verschleppt worden; viele kamen dort um.

Auf Grund des frühen Engagements des Pastors konnte sich in Ladelund eine rege Aussöhnung zwischen den beiden Dörfern entwickeln, die mit gemeinsamen Gedenkveranstaltungen, gegenseitigen Begegnungen und den dadurch entstandenen persönlichen Kontakten ein lebendiges Beispiel funktionierender Aussöhnungsarbeit ist und bis heute anhält: Nach ihrem Vortrag musste Karin Penno die Tagung verlassen, da sie zum 1. Oktober, dem Jahrestag der Razzia in Putten, in das niederländische Dorf eingeladen war. Die GS Ladelund, so die Leiterin, ist beständig gewachsen: Die Besucherzahlen sind bis auf 10.000 im Jahr gestiegen, und 1990 wurde ein neues Dokumentenhaus gebaut. Die anfallende Arbeit kann somit nur durch fest angestellte MitarbeiterInnen bewältigt werden.

Im nächsten Vortrag stellte Pastor Michael Schwer das Projekt einer ‚Gedenk- und Bildungsstätte Konzentrationslager Ahrensböök‘ vor. Die ‚Gruppe 33 – Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte in Ahrensböök e.V.‘, die bereits durch die Aufstellung von Stelen entlang der Route des Todesmarsches von Lübeck nach Neustadt für Aufmerksamkeit sorgte, plant, das einzige in Schleswig-Holstein noch erhaltene Gebäude eines ‚wilden KZs‘ aus den Jahren 1933/34, das Direktorhaus der Flachsröste, als aktiven Gedenkort einzurichten. Dieses jüngste Projekt schleswig-holsteinischer Gedenkarbeit wurde überraschend schnell durch beantragte EU-Mittel gefördert, sodass das Haus übernommen werden konnte. Inzwischen fanden bereits internationale Jugendbegegnungen statt, eine Ausstellung soll für das Frühjahr 2001 fertig gestellt werden;

weiterhin sind Fachtagungen für Lehrer geplant, und es entsteht ein Dokumentarfilm mit ehemaligen Häftlingen. Michael Schwer hob die vielen positiven Reaktionen hervor, zu der die Initiativgruppe die Bevölkerung anstoßen konnte.

Als dritter Referent stellte Jens Rönna in einem Dia-Vortrag die Aktivitäten der Initiativgruppe ‚Mahnmal Kilian e. V.‘ vor. Der 1995 eingetragene Trägerverein bemühte sich jahrelang durch Führungen, Publikationen und z. T. Aufsehen erregende Aktionen um den Erhalt der Bunkerruine im Kieler Hafengelände. Diese sei, so der Referent, zum einen eine notwendige Ergänzung der beiden anderen Gedenkorte am Kieler Ostufer (Laboe und Möltenort), zum anderen waren auch für den Bau dieses Bunkers Zwangsarbeiter eingesetzt worden, und damit käme ihm ohnehin ein Gedenkstättenstatus zu. Obwohl die Entwürfe zur Umgestaltung zu einer Gedenkstätte im Jahre 1999 mit dem deutschen Denkmalschutzpreis ausgezeichnet und gegen die Abrissabsichten der Stadt Kiel sogar Klage beim Oberlandesgericht eingereicht wurde, konnte sich die Trägerinitiative nicht durchsetzen: Zur Zeit der Tagung war mit dem Abriss der Ruine bereits begonnen worden, ein Flak-Turm ist inzwischen abgetragen. In einer anschließenden Kontroverse entgegnete Jens Rönna auf die Kritik, das Kilian-Projekt sei zu objektbezogen, dass gerade in dieser Ortsgebundenheit eine Chance liege.

Abschließend erläuterte Gerhard Hoch die Problematik bei der Einrichtung der Gedenkstätte für das Kaltenkirchener KZ, dessen Spuren sich im Bewusstsein der Bevölkerung ebenso wie in der Landschaft gänzlich verloren

hatten. Von diesem 1944 durch die Wehrmacht (und eben nicht von der SS!) eingerichteten KZ, in dem bis zu 1.000 zumeist polnische und sowjetische Häftlinge für den Ausbau des angrenzenden Luftwaffenflugplatzes eingesetzt wurden, konnten nur noch Fundamente ausgegraben werden. Die inzwischen entstandene KZ-Gedenkstätte wird durch einen Trägerverein getragen, der sich aus vier Städten, sympathisierenden Gemeinden, sechs Schulen, zwei Kirchengemeinden und zahlreichen Einzelmitgliedern zusammensetzt. Notwendige Finanzierungen kamen durch öffentliche Gelder sowie institutionelle und private Spender zustande, während die Gestaltung der Gedenkstätte mit der Markierung der Lagergrenzen und Baracken und der Anlage schmaler Wege im Jahre 1999 in enger Zusammenarbeit mit Schulen durchgeführt wurde, die in Patenschaft auch die Pflege der Anlage übernahmen. Insbesondere durch diese Anbindung an Schulklassen sieht Gerhard Hoch gewährleistet, dass die Gedenkarbeit durch Vorträge, Besichtigungen und Grabungen mit Vor- und Nachbereitungen besonders junge Menschen als Multiplikatoren erreiche.

In einem Schlusswort wies Detlev Gause nochmals auf die beachtenswerte Pluralität der GS in Schleswig-Holstein hin, die sehr alte Einrichtungen (Ladelund) wie auch ganz neue Projekte (Ahrensböök) umfasse und von groß angelegten (Kilian) bis zu sehr im Stillen arbeitenden Stätten (Kaltenkirchen) reiche.

Bevor sich nach der Mittagspause drei Gedenkstätten anderer Bundesländer vorstellten, breitete der Politologe Peter Reichel (Universität Hamburg) in einer ihm eigenen, sehr abstrakten Rhe-

torik seine Ausführungen zu „einer Kritik der Vergangenheitsbewahrung“ aus. So müsse man nach der Arbeitsteilung und den Funktionen einer inzwischen hochdifferenzierten öffentlichen Erinnerungskultur fragen, nach Kontinuität und Wandel des nationalen und internationalen Holocaust-Gedenkens und nach Möglichkeiten, Grenzen und Nutzen öffentlichen Erinnerns an die NS-Vergangenheit. Auschwitz würde, so Reichel, längst umstandslos von der Tagespolitik als Legitimationsvorbehalt benutzt und sei zu einer universellen Katastrophenchiffre verkommen – ein Umbruch, dem sich die Gedenkstätten erst noch stellen müssen. Weiter betonte der Referent die Gefahr der Überbewertung des Erinnerns, die einer Fetischisierung des Authentischen gleichkäme. Er gab zu bedenken, dass nicht nur das Vergessen Wissen über Vergangenes manipulierte, sondern auch die Erinnerung letztlich auswählt, ergänzt, erfindet, verharmlost, verklärt, verteufelt, versachlicht ... Ein grundlegendes Strukturproblem der Gedenkstättenarbeit läge im Widerstreit zwischen dem kollektiven Gedächtnis und der Historiographie.

Um die Arbeit einiger Gedenkstätten anderer Bundesländer – auch als Anregung für künftige Aufgaben in Schleswig-Holstein – kennen zu lernen, trugen am Nachmittag drei weitere Referenten vor:

Der pädagogische Leiter Hugo Rübesamen aus Schwerin berichtete von dem Verein ‚Politische Memoriale e.V.‘, der in Mecklenburg-Vorpommern Gedenkstättenarbeit und Bildungsarbeit betreibt und u. a. eine ganzen Reihe von NS-Gedenkstätten und Initiativen betreibt, die zur NS-Geschichte arbeiten.

Am Beispiel der riesigen KdF-Anlage Prora machte er auf eine ganze Reihe von konkreten Problemen bei der ‚Arbeit vor Ort‘ aufmerksam. Die Gründung einer landesweiten Stiftung stünde für die nächste Zukunft an.

Heribert Fachinger aus dem rheinland-pfälzischen Osthofen bei Worms schilderte die Entstehungsgeschichte der KZ-Gedenkstätte Osthofen, eines sog. ‚wilden KZs‘, in dem u. a. Carlo Mierendorff interniert war. Für das erhalten gebliebene Gebäude wurde von dem Förderverein Anfang der neunziger Jahre ein pädagogisches Konzept entwickelt, anfangs gegen den Widerstand aller Parteien. Mittlerweile verzeichnet die Gedenkstätte 6.000 Besucher im Jahr.

Der Leiter der Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuengamme Detlev Garbe erläuterte mit Hilfe von Dias die Geschichte und die inzwischen ebenso beachtenswerte Nachkriegsgeschichte des Lagers. Seit 20 Jahren findet auf dem Gelände aktive Gedenkstättenarbeit statt: Die Aufzählung der Arbeit in Dokumentenhaus, Archiv und Ausstellungen, in pädagogischen Programmen und Jugendcamps sowie in einer eigenen Schriftenreihe machte den Umfang der Aktivitäten in der Gedenkstätte, die seit einigen Jahren selbstständige Einrichtung der Hamburger Kulturbehörde ist, anschaulich. Auch Detlev Garbe unterstrich den Status der Gedenkstätten als zeitgeschichtliche Museen, für deren finanzielle Schlechterstellung es keinen Grund gäbe.

Die meisten TagungsteilnehmerInnen blieben über Nacht in der Evangelischen Akademie, und so wurde beim Abendessen und in der anschließenden Kaminrunde die Gelegenheit zum Er-

fahrungsaustausch rege genutzt. Außerdem bestand während der ganzen Dauer der Veranstaltung Gelegenheit, sich in einer Ausstellung im Foyer und im Tagungsraum zusammengestelltes Material der vertretenen GS und Initiativen anzuschauen und z. T. auch mitzunehmen.

Der Vormittag des letzten Tages war für einen Vortrag des Leiters des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Uwe Danker, eine anschließende Aussprache in großer Runde und für Grußworte einiger gesellschaftlicher Gruppen vorgesehen. Uwe Danker, der sein angekündigtes Thema *Die Zukunft der regionalen Gedenkarbeit in Schleswig-Holstein – ein Modell auch für andere Bundesländer?* für absurd erklärte, trug stattdessen „ein paar Gedanken zur Zukunft der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein“ aus der Perspektive von außen bei. Seiner Beobachtung nach seien Gedenkstätten Orte des Gedenkens an authentischen Orten, an denen Opfern ein Teil ihrer Würde wiedergegeben werden kann. Diese Orte dienen Opfern sowie deren Nachkommen zur Erinnerung und zur Trauerarbeit. Ebenso böten GS die Möglichkeit zur Begegnung zwischen Opfern (und deren Nachfahren) und Angehörigen der ehemaligen Tätergesellschaft. Weiterhin seien GS Orte der affektiven Erfahrung, die Interesse, im Idealfall Empathie auslösen könnten. Dagegen müsse der Anspruch kognitiver Lerneffekte erst durch die GS-MitarbeiterInnen organisiert werden. Die letzte gesellschaftliche Rolle von GS, so Danker, sähe er als die zweifelhafteste an: der Aspekt des Mahnens im Sinne eines „Nie wieder“. Es sei eine kardinale Fehleinschätzung, durch die Ver-

mittlung schlichten Faktenwissens über den Nationalsozialismus verbreitete rechtsextremistische Tendenzen beispielsweise unter Jugendlichen beheben zu können.

Entlang dieser Überlegungen gab Danker den Funktionswandel von GS, deren Möglichkeiten und Grenzen und Fragen nach der Wirkung und Planbarkeit von GS-Arbeit sowie dessen Lerneffekte zu bedenken und prognostizierte, dass 1. Planbarkeit und Methodik der Vermittlung einen zunehmenden Stellenwert bekommen müssen, da der Legitimationsdruck zunehmen würde, 2. einer unvermeidlichen Historisierung des Themas Nationalsozialismus die Musealisierung der GS folgen würden („In 30 Jahren sind GS reine Museen“), 3. GS-Arbeit sich professionalisieren müsse, um deren Bestand für die Zukunft zu sichern. Als Resümee plädierte Danker für eine Übertragung des Kriterienkataloges der Bundesförderung auf die schleswig-holsteinischen Verhältnisse sowie für eine Fortsetzung des intensiven Austauschs zwischen den GS.

Noch vor der abschließenden Gesprächsrunde musste Jens Rönnau sich wegen einer kurzfristig anberaumten Führung auf dem Gelände des Kieler U-Bootbunkers verabschieden und dankte allen TagungsteilnehmerInnen für die Unterzeichnung der Resolution zum Erhalt der letzten Bunkerreste des ‚Kilian‘. Nicht unerwähnt bleiben soll der aufgebrochene Konflikt zwischen der ‚Kilian‘-Initiative und dem IZRG, der sich um dessen Gutachterrolle vor dem endgültigen Bunker-Abriss drehte.

Erste Ansätze eines Austausches hinsichtlich einer landesweiten Vernetzung zwischen den GS Schleswig-Holsteins zeigten sich dann in der großen Abschlussdiskussion. Hier wurden durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Perspektiven deutlich, aber auch Bedenken z. B. im Hinblick auf die Konkurrenz beim Verteilen von Landesmitteln angesprochen. Bleibt zu hoffen, dass dieser erste Schritt einer landesweiten Zusammenarbeit von den GS selber sinnvoll umgesetzt und weiter ausgebaut wird. **Nils Hinrichsen**

„Fremde Nachbarn“

Zum Promotionsprojekt *Chinesen in Hamburg, 1880–1970*

Das Thema des hier vorgestellten Promotionsprojektes ist die Geschichte der Chinesen in Hamburg vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Untersucht werden soll die weithin unbekannte Geschichte einer ethnischen Minderheit, die heute in den Alltag zahlreicher Städte integriert, lange Zeit aber vor allem durch das Muster der Fremdheit wahrgenommen worden ist.

Eine auf die Großstadt Hamburg bezogene Lokalstudie scheint besonders nahe liegend zu sein: Die Hansestadt Hamburg hatte wegen der großen Bedeutung des Hafens und des Handels seit dem 19. Jahrhundert eine für deutsche Verhältnisse außergewöhnlich enge Beziehung zu China. Hamburger Kaufleute bestimmten den deutschen Chinahandel maßgeblich, die großen deutschen Reedereien wie der Nord-

deutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie bauten Schifffahrtslinien nach Ostasien auf.

Im Zuge der Umstellung der Schifffahrt auf Dampfbetrieb seit den 1880er Jahren entdeckten die Reeder die Möglichkeit, neben Indern vor allem Chinesen als „farbige Seeleute“ im außerordentlich anstrengenden Feuerungsdienst der neuen Schiffe einzustellen. Im biologistischen Kalkül der Unternehmer konnten sie die hohen Temperaturen bei der Arbeit besser aushalten als deutsche Heizer, ihre Arbeitskraft war zudem erheblich günstiger. Für die chinesischen Seeleute waren die gezahlten Billiglöhne immer noch ein kleines Vermögen, für das es sich lohnte, einige Jahre ein entbehrungsreiches Leben in der Fremde zu führen. Mit Erspartem wollten die Chinesen in ihre Heimat zu ihren Familien zurückkehren.

Die Zahl der angeheuerten Chinesen stieg kontinuierlich; um 1900 fuhren bereits über 3.000 chinesische Seeleute allein für deutsche Reedereien. Selbst in China war die Existenz dieser Tausenden in Europa arbeitenden Seeleute nicht unbekannt. Wegen der an den Kolonialismus erinnernden Beschäftigungsverhältnisse entsandte die KP Chinas im Jahr 1928 den bekannten Funktionär Liao Chenghzi nach Hamburg, der seine Landsleute europaweit gewerkschaftlich betreuen und politisieren sollte.

Mit den Schiffen gelangte eine für die damalige Zeit große Zahl von Chinesen nach Hamburg, von denen sich einzelne für eine längere Zeit in der Stadt niederließen und ein eigenes Geschäft – in der Regel eine Gaststätte oder eine Wäscherei – betrieben. Unter Chinesen war ebenfalls der Klein- und

Straßenhandel weit verbreitet, der sich von Hamburg aus über den norddeutschen Raum erstreckte. Diese chinesischen „Hausierer“ reagierten auf den Exotismus der deutschen Gesellschaft, indem sie ihre Waren wie billiges Porzellan und Tee häufig auf Jahrmärkten feilboten.

Selbst im Nationalsozialismus änderte sich vorerst nichts am Ausmaß des chinesischen Handels. Vornehmlich aus rassenpolitischen Gründen wurde 1938 die „Reichszentrale für Chinesen“ im Reichskriminalpolizeiamt in Berlin errichtet, die alle chinesischen Händler im Deutschen Reich ohne jegliche Verdachtsmomente registrieren sollte.

Die Existenz von Chinesen, die nicht nur in den USA als Personifikation des Migranten galten, ist ein ungewöhnliches Kapitel der hamburgischen und ebenso der deutschen Geschichte im frühen 20. Jahrhundert. Ist die Wirtschafts- und Diplomatiegeschichte der Beziehung zwischen der Hansestadt und China vergleichsweise ausführlich beschrieben, so ist über die Sozial- und Kulturgeschichte der bis 1945 vornehmlich in St. Pauli und Altona ansässigen Chinesen – bis Ende des Zweiten Weltkriegs ausnahmslos Männer – ausgesprochen wenig bekannt. Seit den frühen zwanziger Jahren wurde vor allem die nahe der Reeperbahn gelegene Schmuckstraße von deutschen Betrachtern bisweilen sogar als „Chinesenviertel“ bezeichnet, mit durchaus unterschiedlichen Intentionen. In der westlichen Vorstellungswelt galten Chinesen einerseits als notorische Konsumenten von Opium, und vermeintliche „Opiumhöhlen“ wurden in den Gerüchtüchen Hamburgs denn auch hin und

wieder ausgemacht. Auch illegales Glücksspiel als Ausdruck eines kriminellen Potenzials wurde den Chinesen im großen Maße zugeschrieben.

Zwei Mordfälle in chinesischen Kellerunterkünften in St. Pauli Anfang der zwanziger Jahre beschäftigten die Hamburger Behörden und Öffentlichkeit; in einer Publikation aus den dreißiger Jahren ist darüber vielsagend von „Mord im China-Dschungel“ die Rede. Doch andererseits gab es auch die Faszination an einer fremden Kultur, an chinesischer Kochkunst und grünem Tee, und diese positive Wahrnehmung ließ Einzelne die chinesischen Treffpunkte aufsuchen. Zwei chinesische Lokale auf der Großen Freiheit, das „Neu-China“ und das „Cheong Singh“, waren sogar überregional bekannt und dürften manchen Hamburg-Besucher – wenn auch nur im Vorbeigehen – beeindruckt haben.

Das alltägliche Zusammenleben von Deutschen und diesen fremden Nachbarn sowie die behördliche Behandlung der Chinesen ist bisher nicht geschichtswissenschaftlich untersucht worden. Dabei lebten bereits um 1900 über 200 Chinesen polizeilich gemeldet in Hamburg, zuzüglich der großen Zahl der regelmäßig die Stadt aufsuchenden chinesischen Seeleute. Bemerkenswert sind die vielen interkulturellen Beziehungen von chinesischen Männern mit deutschen Frauen, die für die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgesprochen ungewöhnlich sind. Verstreute schriftliche Quellen aus verschiedenen Archiven zeugen wohl auch deshalb von einer besonderen behördlichen Aufmerksamkeit und einer strikten Ablehnung der Niederlas-

sung von Chinesen in Hamburg insbesondere in den frühen zwanziger Jahren.

Zahlreiche Dokumente belegen einen institutionellen Rassismus gegenüber den offiziell als unerwünschte Fremde wahrgenommenen Chinesen. Selbst über die so genannte „Chinesenaktion“ der Hamburger Gestapo – die kollektive Verhaftung und spätere Verschleppung von 165 chinesischen Staatsangehörigen ins „Arbeitserziehungslager“ Wilhelmsburg im Mai 1944 – ist bislang trotz eines britischen Militärgerichtsprozesses aus dem Jahr 1948 wenig bekannt. Eine Reihe von Dokumenten belegt indes, dass dies ein Kulminationspunkt einer sich als normales behördliches Vorgehen gerierenden Verfolgung war, die vor allem im Zuge der verschärften Devisenpolitik seit 1936/37 von lokalen Entscheidungsträgern vollzogen und radikalisiert wurde. Die nationalsozialistische Rassenpolitik fand gegenüber Chinesen zwar vor allem aus außenpolitischen Gründen keine Erwähnung, wurde aber gleichwohl praktiziert.

Nach 1945 veränderte sich die chinesische Gemeinde in Hamburg nicht zuletzt wegen der traumatischen Erlebnisse der nationalsozialistischen Verfolgung. Fortan gab es keinerlei räumliche Konzentration mehr, dafür entstanden seit den fünfziger und vor allem in den sechziger Jahren zahlreiche chinesische Gaststätten, die nun jedoch die deutsche Bevölkerung ansprechen sollten.

Die epochenübergreifende Studie wird demnach vom Kaiserreich mit seinen kolonialpolitischen Ambitionen bis in die frühe Bundesrepublik mit ihren nicht nur kulinarischen Transformationen reichen. Die Vielzahl der schriftlichen Quellen sollen durch lebensge-

schichtliche Interviews perspektivisch ergänzt werden. So ungewöhnlich und – von Berlin und der dortigen großen Zahl von chinesischen Studierenden einmal abgesehen – einzigartig das skizzierte Thema auch ist, so strebe ich als Ergebnis doch eine exemplarische Untersuchung an, die den Umgang der

deutschen Gesellschaft mit Fremden und fremden Kulturen, das Spannungsfeld des Fremden und des Eigenen an einem historischen Beispiel beschreibt.

Lars Amenda

Kontakt:

Lars_Amenda@public.uni-hamburg.de

Befreier und Befreite des KZ Wöbbelin rekonstruieren Gedenkstätte in Ludwigslust

Veteran der 82. US-Luftlandedivision initiiert Umgestaltung der Grabstätte von 200 NS-Opfern

Ehemalige US-Soldaten und von ihnen befreite KZ-Häftlinge spenden für ein würdevolles Gedenken der in Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) bestatteten KZ-Opfer. Die Initiative hierzu geht von dem in New York lebenden Leonard Linton zurück. Als Corporal der 82. Luftlandedivision betrat er als erster US-Soldat am 2. Mai 1945 das bei Ludwigslust gelegene KZ Wöbbelin, befreite zusammen mit anderen amerikanischen Fallschirmjägern die zu Skeletten abgemagerten Gefangenen und sorgte für eine würdevolle Bestattung der NS-Opfer. Hierfür ernannte die Stadt Ludwigslust Linton im vergangenen Jahr zum Ehrenbürger. Jetzt organisiert Linton die Rekonstruktion der von ihm 1945 errichteten Gedenkstätte im Schlosspark von Ludwigslust.

Wenige Kilometer außerhalb der kleinen Gemeinde Wöbbelin ließ die SS Ende 1944 das letzte Außenlager des KZ Neuengamme errichten. Vom 12. Februar 1945 bis zum Tag der Befreiung diente das KZ Wöbbelin als Auffanglager für Häftlinge aus 16 europäischen Nationen. Auf Todesmärschen waren

die Gefangenen hierher getrieben worden, bereits geschwächt durch Sklavensklavenarbeit in anderen Lagern und der Rüstungsindustrie.

Für mehr als tausend der über fünftausend Häftling des KZ Wöbbelin kam die Befreiung zu spät. Sie waren auf-



Leonard Linton im Sommer 1945



Anfang Mai 1945: Unter Aufsicht des US-Militärs legen deutsche Zivilisten Einzelgräber an

grund der unzureichenden hygienischen Zustände im Lager und der unmenschlichen Behandlung durch die SS elend zugrunde gegangen. Ihre Leichen – in Massengräbern verscharrt oder achtlos auf dem KZ-Gelände liegen gelassen – wurden auf Befehl der US-Militärbehörden durch die deutsche Bevölkerung in Ludwigslust zwischen Schloss und Schlosskirche, in Hagenow und in Wöbbelin zur letzten Ruhe gebettet.

Seit dem Fall der Mauer kommen alljährlich am 2. Mai zum Tag der Befreiung Menschen aus vielen europäischen Ländern, aus den USA und Israel nach Wöbbelin. Ehemalige Häftlinge, Angehörige der Verstorbenen und Veteranen der 82. US-Luftlandedivision gedenken dann gemeinsam an den Gräbern der KZ-Toten. Unter den Überlebenden ist stets der Hamburger Film- und Fernsehproduzent Gyula Trebitsch

anzutreffen. Er beschreibt die Lagerzeit in Wöbbelin als die grausamste Erfahrung seiner mehrjährigen KZ-Haft.

200 Tote aus einem anonymen Massengrab wurden 1945 auf Anordnung der US-Soldaten exhumiert und in Ludwigslust in Einzelgräbern vor dem Schloss beigesetzt. Die Toten wurden in weiße Tücher gehüllt. Die Gräber erinnerten an die amerikanischen Soldaten, die im Feld gefallen sind. Jedes Grab erhielt ein weiß gestrichenes Holzkreuz, 51 davon den Davidstern für die jüdischen Opfer. Während der Umbettungsfeierlichkeiten am 7. Mai 1945 wurde allen Einwohnern aus Ludwigslust und Umgebung befohlen, an den offenen Gräbern vorbeizudefilieren. Dies galt auch für den gesamten Kommandostab der 21. deutschen Armee, deren Führung zuvor in Ludwigslust einer Teilkapitulation zugestimmt hatte.



7. Mai 1945: Gefangene deutsche Offiziere an den Gräbern der KZ-Opfer

Grundsätzlich lobt Leonard Linton die Stadt Ludwigslust und die Nachbargemeinde Wöbbelin „für alles, was getan wurde, um der Opfer des Nazi-regimes in würdiger Form zu gedenken.“ Allerdings seien die 200 Gräber der umgebetteten Opfer inzwischen nur noch eine Rasenfläche mit einem durch die Mitte führenden Weg. Die Gräber seien nicht markiert. „Die Anlage hat mit dem von der 82. Luftlandedivision hinterlassenen Erbe nichts mehr zu tun“, so Linton. Darum setze er sich für eine Umgestaltung und Verschönerung ein.

Bei der Entgegennahme seiner Ehrenbürgerwürde schlug der 80-Jährige vor, 200 Steinplatten über den Gräbern vor dem Schloss zu platzieren. In die Steine solle das christliche Kreuz sowie bei 51 Platten der Davidstern eingraviert werden. Um das Vorhaben zügig umzusetzen, rief Linton eine Arbeitsgruppe

ins Leben und sammelte Geld für das rund 50.000 Mark teure Vorhaben.

In kürzester Zeit spendeten Veteranen der 82. US-Luftlandedivision sowie in den USA lebende ehemalige Häftlinge und Angehörige von Überlebenden des KZ Wöbbelin 25.000 Mark. Der Rest wird durch weitere Spenden und von der Stadt Ludwigslust aufgebracht. Professor Gyula Trebitsch denkt dankbar an die amerikanischen Soldaten zurück und setzt sich zusammen mit ehemaligen Gefangenen dafür ein, ein würdevolles Gedenken aller Opfer in Ludwigslust zu ermöglichen.

Rechtzeitig zu den diesjährigen Feierlichkeiten in Ludwigslust und Wöbbelin soll die Anlage rekonstruiert sein. Ein Steinmetz ist bereits beauftragt.

Michael Legband

(Fotos: KZ-Gedenkstätte Wöbbelin)